

Berlin, 2. Juni 2020

Gesprächsvorbereitung**St N**

a.d.D.

Betr.:

Telefonat mit Frau StS'in Gebers (BMAS) und Herrn Dr. Winands (BKM)

zur Zustellförderung von Presseerzeugnissen

Für den Termin am: 04.06.2020, 11:30-12:00 Uhr

Die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre haben Abdruck erhalten.

Teilnehmer BMWi: MR Dr. Jungbluth, VIA3

Vom Leitungsbereich auszufüllen

TGB-Nr.	T-200528-017
Eingang Leitung	03.06.2020
eDW-M- Nr.:	

Abzeichnungsleiste

PSt z. K.	
-----------	--

St	
AL	Stefan Schnorr, VI 02.06.20
UAL	Brö, VIA 02.06.20

Referatsinformationen

Referats- leiter	MR Dr. Jungbluth (-7290) i.V. GCF, VIA3 02.06.20
Bearbei- terin	RD'in Förster (-6458)
Mit- zeichnung	ZA4
Referat und AZ	VIA3 - 60209/006#005

I. Anlass / Rahmen:

Frau Gebers hat kurzfristig um ein Telefonat mit Ihnen und Herrn Winands gebeten.

Es geht um ein **Schreiben** des **BDZV** vom 26. Mai und die darin geforderte **Mittelaufstockung**. Ggf. wird sie auch nochmals eine **Umsetzung** durch das **BAFA** ansprechen.**II. Gesprächsziel und Interessenlage**

1. Auf Notwendigkeit einer zügigen Entsperrung der im Haushalt 2020 bereitgestellten Mittel in Höhe von 40 Mio. Euro hinweisen.
2. Mit Blick auf die akuten Liquiditätsengpässe der Verlage zusätzlich für eine Aufstockung der Mittel (bspw. auf 200 Mio. Euro) werben.
3. Eine Beauftragung des BAFA mit der Umsetzung der Zustellförderung wäre grds. denkbar, muss aber zunächst noch mit dem BAFA besprochen werden.

III. Sachverhalt / Sprechemente

Ursprünglich war bereits für den 27. Mai die **Umwidmung des Haushaltstitels** (als „Corona-Soforthilfe“) und die **Entsperrung der Haushaltsmittel** für die Zustellförderung von Presseerzeugnissen durch den **BT-Haushaltsausschuss** geplant. BMAS hat den Antrag aber noch nicht offiziell an BMF versandt, da zunächst noch **weitere politische Klärungen** herbeigeführt werden sollen.

Insbesondere der **BDZV** hat sich sehr kritisch zur **Höhe der geplanten Zustellförderung** geäußert und eine **Studie bzw. Standortanalyse** vorgelegt.

Die Studie kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass ohne eine „zielführende Förderhöhe“ (bspw. iHv insg. 800 Mio. Euro) rund 40 % der deutschen Gemeinden im Jahr 2025 überwiegend nicht mehr zu betriebswirtschaftlich vertretbaren Konditionen mit gedruckten Tageszeitungen beliefert werden können. Der BDZV lehnt daher eine Förderung ab, sofern der **Förderbetrag** (bislang 40 Mio. Euro) nicht **deutlich erhöht** wird.

Der Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter (BVDA) hingegen plädiert für eine **zügige Umsetzung**.

Der Haushaltsausschuss könnte (insb. mit Blick auf die nunmehr erfolgende Einbeziehung der Zeitschriften) auch die **Fördermittel** von bislang 40 Mio. Euro im BMAS-Haushalt **erhöhen** (z.B. **auf 200 Mio. Euro** für eine einmalige Förderung als „Corona-Soforthilfe“ anstelle einer ursprünglich auf fünf Jahre angelegten Förderung).

Sollten die Haushaltsmittel nicht aufgestockt werden, würden bspw. die Abonnement-tageszeitungen nach einer **vorläufigen Modellrechnung** nur eine einmalige Förderung i.H.v. **etwa 100.000 Euro** erhalten.

StS'in Gebers hat für die **Umsetzung** der Zustellförderung das **BAFA** vorgeschlagen. Grundsätzlich wäre eine Beauftragung des BAFA denkbar. Wir rechnen mit **etwa 1.500 Anträgen** aus der Branche. Vor einer endgültigen Entscheidung wird **ZA4** gemeinsam mit dem BAFA konkret die Umsetzung (Aufwand, Dauer etc.) prüfen. Dies setzt jedoch eine **detaillierte Aufgabenbeschreibung** zur Ermittlung des zusätzlichen Personalbedarfs voraus. Im Falle der tatsächlichen Umsetzbarkeit sind zudem noch eine Vielzahl von Einzelfragen zu klären, die im Rahmen einer **Verwaltungsvereinbarung** zwischen BMWi (durch StS'in DV) und BMAS abzustimmen sind. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass BAFA einen ausreichenden Zeitvorlauf bei einer Übernahme benötigt.

- Wir unterstützen die Forderung des BDZV, die Fördermittel zu erhöhen. Auf Basis der bislang vorgesehenen Summe [40 Mio. Euro] kämen je dem Zeitungsverlag nur Fördergelder i.H.v. etwa 100.000 Euro zugute.
- Als „Corona-Soforthilfe“ kommt – anstelle der ursprünglich auf fünf Jahre angelegten Förderung – nur eine einmalige Förderung in Betracht. Demzufolge bietet es sich an, die Fördersumme zu verfünffachen, d.h. von 40 Mio. Euro auf 200 Mio. Euro zu erhöhen.
[BDZV fordert sogar 800 Mio. Euro.]
- Wir haben alle ein großes Interesse daran, dass die Mittel schnell zur Auszahlung kommen, damit die akuten Liquiditätsengpässe der Verlage zumindest teilweise ausgeglichen werden können. Das fordert auch der BVDA.
- [Reaktiv:]
Eine Umsetzung durch das BAFA werden wir wohlwollend prüfen.